

- les infirmières et infirmiers
- les indigents

découle des mesures d'économie prises par la Confédération, qui ont été exigées à de nombreuses reprises par les Chambres et qui ont été approuvées lors du vote populaire de décembre 1977. Elle prendra effet le 1^{er} mars 1982.

Cette mesure ne frappera pas directement les personnes dites indigentes. Ce sont plutôt les institutions d'assistance publiques et privées qui devront supporter la totalité des frais de transport au lieu de la moitié. Il en va de même pour les autres facilités de transport supprimées.

L'obligation faite aux chemins de fer d'accorder de telles facilités remonte à l'époque où les entreprises ferroviaires disposaient d'un monopole de fait. C'est pourquoi l'on estimait que certains groupes de personnes devaient bénéficier de rabais pour des voyages déterminés, cela pour des raisons inhérentes à la politique économique et sociale. Il n'existait pas non plus d'institutions sociales ou d'assistance publique à même de prendre en charge de tels frais de voyage.

La situation et la politique des transports se sont modifiées radicalement depuis lors. La concurrence du trafic routier devenant toujours plus forte, les entreprises ferroviaires ont grand peine à équilibrer leurs comptes. Elles ne peuvent donc elles-mêmes assurer des tâches sociales sans que celles-ci soient indemnisées par les services compétents. En vertu des dispositions légales, les chemins de fer doivent être exploités selon les principes d'une saine économie. Ils ne peuvent déroger à cette règle pour des cas sociaux et les besoins de l'économie que si leurs ressources financières le permettent. La mesure décidée par les entreprises ferroviaires, avec l'accord de l'Office fédéral des transports, ne peut donc pas être annulée.

La motion doit également être rejetée pour des raisons de principe, car elle empiète sur un domaine où la compétence réglementaire et la responsabilité incombent au Conseil fédéral.

Il appartient, en revanche, aux parlementaires eux-mêmes de décider s'ils désirent renoncer à leurs facilités de transport. La Caisse fédérale est grevée à ce titre d'un montant de 350 000 francs, partiellement en contrepartie des indemnités de voyage qu'il faudrait de toute façon verser.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral recommande de rejeter la motion.

Abgelehnt – Rejeté

82.346

Motion Meier Werner
Politisches Malaise. Meinungsanalyse
Malaise politique. Enquête d'opinion

Wortlaut der Motion vom 10. März 1982

Angesichts der Verunsicherung weitester Volkskreise über die politische Situation unseres Staatswesens, der Ungewissheit hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen, finanziellen und technologischen Entwicklungen, insbesondere auch unter Berücksichtigung der sich ausbreitenden Zukunftsängste, der wachsenden Kluft zwischen Volk und Behörden und der damit einhergehenden Stimminnen wird der Bundesrat beauftragt, eine umfassende Meinungsforschung bei allen Volksschichten und Altersklassen über die wesentlichen Gegenwarts- und Zukunftsfragen anzuordnen.

Texte de la motion du 10 mars 1982

Etant donné l'inquiétude que la situation politique de notre pays inspire à une grande partie de la population, l'incertitude créée par l'évolution dans les domaines de l'économie, des finances et de la technique, la peur qui se propage face à l'avenir, le clivage qui s'accroît entre le peuple et les pouvoirs publics, aggravant l'abstentionnisme, le Conseil fédéral est chargé de faire effectuer une vaste enquête d'opinion sur les grands problèmes actuels et futurs, toutes les couches de la population et toutes les classes d'âge devant être prises en considération.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Affolter, Akeret, Ammann-St. Gallen, Bäumlín, Bircher, Bratschi, Braunschweig, Bundi, Chopard, Eggenberg-Thun, Eggli, Eisenring, Euler, Ganz, Gerwig, Günter, Hubacher, Iten, Lang, Leuenberger, Mauch, Merz, Muheim, Müller-Bern, Nauer, Neukomm, Ott, Reinmann, Reiniger, Renschler, Rothen, Rubi, Schmid, Stich, Uchtenhagen, Wagner, Zehnder, Ziegler-Genf, Ziegler-Solothurn (39)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

1. Die in meiner Motion angeführten Probleme – Verunsicherung, Zukunftsängste, Kluft zwischen Volk und Behörden, kurz das eidgenössische Malaise – sind notorische Krisensymptome unserer Demokratie, von Behörden, Parteien und Wissenschaft seit Jahren erkannt und auch beklagt. Was als alarmierend empfunden werden muss, ist nicht allein die Situation als solche, sondern die Tatsache, dass man sich leider bereits allzusehr an diese Umstände gewöhnt, sich mit ihnen weitgehend abgefunden zu haben scheint.

2. Wohl wird immer wieder über diese Erscheinungen diskutiert. Es wurden und werden auch zahlreiche Meinungsanalysen durchgeführt, veröffentlicht und kommentiert. Jedoch handelt es sich dabei stets um Teilbereiche, wie zum Beispiel Rekruten, Jugendliche, Rentner, oder um einzelne Sachfragen, also rein sektorische Meinungsforschungen. Eine umfassende Analyse bei allen Volksschichten und Altersklassen über die innere Einstellung zum Staat, über die Einstellung zu den allgemeinen Entwicklungen, über die menschlichen Probleme, die gesellschaftspolitischen Zweifel und Kritiken, ist meines Erachtens noch nie mit der nötigen Gründlichkeit vorgenommen worden. Aus bloss fragmentarischen Erhebungen lässt sich keine zuverlässige Beurteilung der Gesamtlage und der Hintergründe des eidgenössischen Malaise gewinnen. Auch die alle zehn Jahre mit respektablem Aufwand durchgeführten Volkszählungen gehen an den eigentlichen Grundproblemen unserer Gesellschaft im wesentlichen doch vorbei.

3. Wer sich als Politiker über diesen Zustand unserer Demokratie Sorgen macht und der Frage nach den Ursachen des Unbehagens und der demokratischen Teilnahmslosigkeit nachzugehen versucht, stösst – gleich welcher Fraktion er angehört – auf Schwierigkeiten, Merkwürdigkeiten, auf Irrationales. Das hat wohl seinen Grund im menschlichen Wesen – «der Mensch in seinem Widerspruch» – und könnte folglich als eine natürliche Erscheinung der Demokratie, der Volksherrschaft, gewertet werden. Doch, Gespräche mit unseren Wählern, mit Angehörigen aller politischen Richtungen, Volksschichten und Altersklassen, zeigen ein derart zerrissenes Bild, eine kaleidoskopartige Vielfalt und Widersprüchlichkeit von Grundhaltungen, Problemstellungen, Kritiken und Wünschen, dass ein demokratischer Konsens in lebenswichtigen Gemeinschaftsfragen der Gegenwart und der Zukunft nachgerade unmöglich erscheint.

Dieses Bild widerspiegelt sich selbst in unserem Rate. Die Flut unerledigter und immer noch neu hinzukommender parlamentarischer Vorstösse zu vielfältigsten Problemen, die Schwierigkeiten, in wichtigen Sachfragen den parlamentarischen Kompromiss zu finden und die allzuhäufige Ablehnung mühsam genug erarbeiteter Vorlagen in nur äusserst schwach benutzten Urnengängen geben doch zu Bedenken grundsätzlicher Art Anlass.

4. Das wohl augenfälligste Krankheitssymptom unserer Demokratie ist die eben erwähnte Stimmbastinenz. Diese hat im Verlauf der letzten Jahrzehnte kontinuierlich zugenommen. Gingen in den dreissiger Jahren – also in einer Zeit mit ähnlich schwerwiegenden und komplizierten Problemen, wie wir sie heute haben – noch rund drei Viertel bis zwei Drittel der Stimmbürger zur Urne, so sind wir heute bei einer Beteiligung von bloss noch einem runden Drittel angelangt. Und dies bei wichtigen Vorlagen, die weiteste Volkskreise in sehr direkter Weise betreffen. Hier droht eine ernsthafte Gefahr: zum einen wird unsere Demokratie zu einem Leerlauf degradiert. Dann stellen sich aber gleich zwei Kernfragen: 1. Wird unser Land nicht mehr durch Mehrheitsbeschlüsse, sondern von Minderheiten regiert? und 2. Welches sind die Verhaltensmotive der schweigenden Mehrheit? Fest steht sicher, dass Volksabstimmungen und Wahlen mit nur einer Minderheitsbeteiligung kein klares Bild vom eigentlichen Meinungsspektrum ergeben können. Es handelt sich dabei eindeutig um Verfälschungen des demokratischen Entscheidungsprozesses.

Bleibt die Frage nach den Motiven der schweigenden Mehrheit: ist es bewusste Opposition in Form der Verweigerung, ist es Misstrauen gegenüber den Behörden und Institutionen («die machen ja ohnehin, was sie wollen» usw.), oder ist es das Gegenteil davon, nämlich ein blindes Vertrauen, es werde «schon alles recht gehen» und «schliesslich könne man notfalls immer noch eingreifen». Oder aber handelt es sich einfach um Überforderung, sind die Probleme zu komplex, die Dimensionen und Zusammenhänge für viele Bürger zu unüberschaubar, die Materie zu unbeurteilbar geworden? Wie weit ist die Abstinentz schliesslich auf simple Gleichgültigkeit und Satttheit, auf politisches Desinteresse, auf mangelndes Demokratiebewusstsein, auf fehlende Identifikation oder die Abwesenheit des Solidaritätsgefühls zurückzuführen?

5. Es wäre wohl zu einfach, dieses Phänomen lediglich mit solchen Argumenten erklären zu wollen. Denn es ist festzustellen, dass – paradoxerweise – politisch-demokratische Aktivitäten heute in zunehmendem Masse in Erscheinung treten und Gegenstand besonders leidenschaftlich geführter Auseinandersetzungen bilden, dies jedoch ausserhalb der offiziellen Entscheidungsprozesse. Beispiele dafür sind Bürgerinitiativen aller Art, Antiatommärsche, Jugenddemonstrationen, die Friedensbewegung usw. und die sich daraus ergebenden Reaktionen und Kontroversen. Hier werden Anliegen und Betroffenheit politisch in einer Art manifest, die in krassem Gegensatz zur Abstinentz bei offiziellen Urnengängen stehen.

Besonders merkwürdig ist die Tatsache, dass es sich dabei meist nicht um einfache, leicht überblickbare Probleme handelt, sondern im Gegenteil um besonders komplexe Fragen, die technologische, weltpolitische und andere schwer beurteilbare Bereiche betreffen. Das Argument der «intellektuellen Überforderung» durch allzu komplizierte eidgenössische oder kantonale Abstimmungsmaterien wird dadurch widerlegt. Dies um so mehr, als im Gemeindebereich bei doch eher leicht überblickbaren und «bürgernahen» Sachgeschäften die Stimmbastinenz häufig noch wesentlich grösser ist als auf Bundes- oder Kantonsebene.

6. Es drängt sich somit die Frage nach den Ursachen dieser Widersprüchlichkeiten in unserem demokratischen System auf. Die Zunahme politischer Turbulenzen, Forderungen, Kritiken, Resignation und Protesthaltungen bei gleichzeitig wachsender Verweigerung der aktiven Teilnahme an der offiziellen Politik weist auf irrationale Hintergründe hin.

Unsere Gesellschaft wird von der Akzeleration der Entwicklungen auf allen Gebieten förmlich überrannt. Fundamentale Wandlungen haben sich in sehr kurzer Zeit nicht allein im technologischen und wirtschaftlichen Bereich vollzogen, sondern im Sinne einer Interdependenz sind auch abrupte Umbrüche hinsichtlich des Lebensgefühls und der Weltanschauung im Gang. Grundwerte, die den Unterbau unserer Demokratie bildeten, unterliegen einer Umwertung, wenn

nicht gar einem eigentlichen Zerfall. Orientierungslosigkeit breitet sich aus. Im Arbeitsleben, wo in erschreckender Kadenz neue Technologien, Automatismen, Computer, Mikroprozessoren und Roboter das Feld erobern, wird der Mensch vom Sinn seiner Arbeit und seiner Existenz zunehmend entfremdet. Die Rolle der Geschlechter, der Familie, das Verhältnis zwischen Jung und Alt, die Sittlichkeitsbegriffe, also wesentliche Grundwerte werden in Frage gestellt. Die Ohnmacht gegenüber der fortschreitenden Belastung und zum Teil Zerstörung der Natur, an welcher letzterer doch alle kollektiv teilhaben, wirkt lähmend. Auch die Existenzsituation in den grossen Agglomerationen beinhaltet Lebensprobleme, die der Demokratie nicht zuträglich sind. Die Produktivität und Weiterentwicklung unserer Wirtschaft als Grundlage des Sozialstaates werden in Zweifel gezogen, Schuldgefühle gegenüber der Dritten Welt nehmen überhand. Auch die militärische Verteidigung unserer Freiheit wird angesichts der ins Extrem wachsenden Rüstungstechnologie und des weltweiten Rüstungswettlaufes (dem auch unser Land zwangsläufig unterworfen ist), in immer weiteren Kreisen in Frage gestellt.

7. Aus dieser gesellschaftspolitischen Konstellation, zu der noch manche weitere Fakten zu nennen wären, resultieren zwangsläufig Verunsicherungen, Orientierungs- und Identifikationsschwierigkeiten. Die Kontroversen gehen, wie bereits eingangs erwähnt, durch alle politischen Richtungen hindurch. So wird es offensichtlich, dass sich die politisch-gesellschaftlichen Probleme kaum mehr mit den traditionellen Strukturen und Institutionen unserer Demokratie bewältigen lassen.

8. Wie schon in früheren Phasen unserer Geschichte befinden wir uns in einer entscheidenden Zeitwende. Der Abstand zwischen überlieferten Werten und den Realitäten des modernen Alltags wird immer grösser. Damit schwindet das Demokratieverständnis vieler Bürger. Inmitten eines Optimums an technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Erhaltung und Weiterentwicklung sozialer Errungenschaften breiten sich – paradoxerweise – Protesthaltung und Staatsverdrossenheit aus.

9. Gehen der Staat und die offizielle Politik an den eigentlichen Problemen der Bürger vorbei? Sind wir an einem Punkte angelangt, wo ein grundsätzlicher Neubeginn, eine Neuorientierung ins Auge gefasst werden müssen?

10. Die Totalrevision der Bundesverfassung steht in Diskussion. Die Meinungen dazu sind in ähnlicher Weise gespalten, wie ich das in den vorstehenden Betrachtungen in allgemeiner Hinsicht festgestellt habe. Wir befinden uns in einem echten und sehr tiefgreifenden Dilemma. Ich erachte es daher – gerade auch im Blick auf die Weiterbehandlung der Verfassungsrevision – als eine ureigene und unerlässliche Aufgabe des Bundes, diesen Fragen auf den Grund zu gehen. Ich möchte mit meiner Motion den Anstoss zu einer umfassenden Meinungsforschung unter der Leitung des Bundes geben, und dies unter Einbezug sämtlicher in dieser Begründung aufgeführter Aspekte.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

1. Die vom Motionär in seiner Begründung erwähnten Probleme – sinkende Stimmbeteiligung bei zunehmender ausserinstitutioneller politischer Aktivität, rascher technischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel, wachsende Orientierungslosigkeit und Unsicherheit usw. – werden seit Jahren in der Öffentlichkeit, in der Wissenschaft, aber auch in politischen Gremien diskutiert. Der Bundesrat hält diese Diskussion für wertvoll und hat in der Vergangenheit seinerseits für verschiedene Fragenkomplexe besondere Untersuchungen veranlasst. Wir erinnern beispielsweise an den Bericht über die Ursachen der Stimmbastinenz oder an das Nationale Forschungsprogramm «Entscheidungsvorgänge in der schweizerischen Demokratie», das sich unter anderem auch mit den vom Motionär erwähnten ausserinstitutionellen politischen Aktivitäten befasst. Die Ergebnisse der politischen Meinungsforschung (z. B. die VOX-Analysen

über die Eidgenössischen Abstimmungen) werden in der Bundesverwaltung laufend verfolgt und gewürdigt. Wichtige Informationen über die Gegenwartsprobleme liefern schliesslich auch die verschiedenen vom Bundesamt für Statistik durchgeführten Erhebungen, insbesondere die Eidgenössischen Volkszählungen, die soziokulturelle Statistik und die Sozialindikatoren. Zudem wird gegenwärtig das Instrument repräsentativer Haushaltserhebungen entwickelt. Die amtliche Statistik führt allerdings keine Meinungsumfragen durch, sondern beschränkt sich bewusst auf die Erhebung von Sachverhalten.

2. Mit der Totalrevision der Bundesverfassung wird die Diskussion über die Zukunftsfragen unseres Staates auch auf die politische Ebene getragen. Bereits die in den Jahren 1978 und 1979 durchgeführte Vernehmlassung über den Expertenentwurf hat ein ausserordentlich breites Echo ausgelöst. Neben Kantonen, politischen Parteien und Verbänden haben sich auch zahlreiche Einzelpersonen intensiv mit dem Verfassungsentwurf beschäftigt. Die Botschaft über die Totalrevision der Bundesverfassung, die wir gegenwärtig vorbereiten, wird den Eidgenössischen Räten und der Öffentlichkeit erneut die Gelegenheit geben, sich mit allen wesentlichen Zukunftsfragen unseres Staatswesens grundsätzlich auseinanderzusetzen.

3. Die einleitend erwähnten Untersuchungen, Erhebungen und Meinungsumfragen stellen ohne Zweifel wertvolle Entscheidungsgrundlagen für die politischen Behörden dar. Der Bundesrat legt jedoch Wert auf die Feststellung, dass es grundsätzlich Aufgabe der Eidgenössischen Räte und der politischen Parteien ist, die Anliegen und Meinungen der Bevölkerung aufzunehmen und die Diskussion über die «wesentlichen Gegenwarts- und Zukunftsfragen» zu führen. Umfassende Meinungsumfragen können den verfassungsmässig vorgesehenen demokratischen Entscheidungsprozess nicht ersetzen. Dies gilt in besonderem Masse für die schweizerische Demokratie mit ihren stark ausgebauten Volksrechten. Der Bundesrat möchte deshalb die zurückhaltende Praxis, die er schon bei der Beantwortung der Einfachen Anfrage Rüttimann am 14. Mai 1980 dargelegt hat (80.621), auch in Zukunft beibehalten und das Instrument der Meinungsumfrage nur sparsam einsetzen. Eine vom Bundesrat in Auftrag gegebene «umfassende Meinungsforschung bei allen Volksschichten und Altersklassen über die wesentlichen Gegenwarts- und Zukunftsfragen», wie sie der Motionär verlangt, würde zu weit führen. Der Bundesrat ist jedoch bereit, auch inskünftig die Ergebnisse von Meinungsumfragen kritisch zu verfolgen und in begründeten Fällen selber Umfragen zu bestimmten Themen zu veranlassen.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Überwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

81.366

Postulat Grobet

**Invalidenversicherung. Kontaktlinsen
AI et verres de contact**

Wortlaut des Postulates vom 19. März 1981

Der Bundesrat wird eingeladen, dem Parlament eine Änderung von Artikel 21 Absatz 1 des Invalidengesetzes zu unterbreiten, wonach die Invalidenversicherung die Kosten

für Kontaktlinsen zu übernehmen hat, wenn diese zur Verbesserung des Sehvermögens beitragen.

Texte du postulat du 19 mars 1981

Le Conseil fédéral est invité à proposer une modification de l'article 21, 1^{er} alinéa, LAI pour que l'assurance-invalidité prenne en charge les frais de verres de contact lorsque ceux-ci permettent une amélioration de la vue.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Affolter, Bäumlín, Bundi, Christinat, Deneys, Egglí, Euler, Felber, Gerwig, Gloor, Jaggi, Leuenberger, Loetscher, Meizoz, Müller-Berne, Reimann, Reiniger, Riesen-Fribourg, Robbiani, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Zehnder, Ziegler-Genève (24)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

L'assurance-invalidité ne prend actuellement en charge les frais de verres de contact que dans la mesure où ceux-ci constituent le complément important de mesures médicales de réadaptation. Cette pratique restrictive résulte de l'article 21, 1^{er} alinéa, LAI. Le présent postulat vise à obtenir la modification de cette disposition légale afin que les bénéficiaires d'une rente AI puissent obtenir le remboursement de verres de contact prescrits par le médecin du fait qu'ils apportent une amélioration de la vue.

La vue est une des choses les plus précieuses de l'être humain. Une forte atteinte dans ce domaine est toujours durement ressentie. Pour celui qui est fortement handicapé, le moindre progrès constitue un bienfait très apprécié, surtout pour celui qui a encore une activité professionnelle. Dans certains cas, les verres de contact permettent à la fois d'éviter des lunettes dont les verres épais constituent un poids astreignant et d'améliorer le champ de vision. Dans de tels cas, les verres ne sont pas prescrits pour des raisons esthétiques (!) et leur coût devrait donc être pris en charge par l'assurance-invalidité, ce qui n'est hélas pas le cas actuellement.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

La loi sur l'assurance-invalidité (LAI) prévoit expressément que les frais de lunettes ne sont pris en charge par l'assurance-invalidité (AI) que si ces moyens auxiliaires sont le complément important de mesures médicales de réadaptation. En prévoyant cette restriction, le législateur entendait éviter d'imposer à l'assurance une charge excessive. Les verres de contact, dont le prix représente un multiple de celui des lunettes, assument en principe la même fonction optique que celles-ci. Cependant, il faut reconnaître que les verres de contact présentent certains avantages, mais d'autre part ils ne peuvent pas être portés par tout le monde. Dans la pratique de l'AI, ils sont assimilés aux lunettes.

Il existe néanmoins certains cas bien déterminés où l'usage de verres de contact peut seul permettre à l'assuré de voir d'une manière satisfaisante. C'est ce qui arrive après des opérations unilatérales de la cataracte, ainsi qu'en cas d'altérations graves de la cornée. Dans ces cas-là, il est possible, aujourd'hui déjà, en présentant une ordonnance médicale, de recevoir de l'AI des verres de contact.

Dans la mesure où, en principe, les verres de contact améliorent la vue aussi bien que des lunettes, ils doivent être traités, en droit des assurances, de la même manière. Toutefois, les motifs qui ont incité le législateur à faire preuve de retenue dans l'octroi d'accessoires optiques sont encore valables aujourd'hui. L'AI est déficitaire depuis 1973 et doit tenir ses ressources limitées à la disposition des assurés qui souffrent d'une réelle invalidité. Une modification de la loi ne s'impose pas.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose le rejet de ce postulat.

Abgelehnt – Rejeté

Motion Meier Werner Politisches Malaise. Meinungsanalyse

Motion Meier Werner Malaise politique. Enquête d'opinion

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1982
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	82.346
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.10.1982 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1426-1428
Page	
Pagina	
Ref. No	20 010 816

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.